



Niederschrift

über die Sitzung

des Ausschusses für Frauenfragen

am 09.06.2020

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Marc-Antonin Bleicher
Leonie Sayer

- Vertretung von Verbänden und Institutionen

Helga Ahrens
Nele-Kristina Groth
Ursula Hamann
Gabriele Hufen
Yasmin Martina

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 3. März 2020
2. Maßnahmenvorschläge zum Dritten Gleichstellungsaktionsplan im Rahmen der EU-Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
3. Überprüfung 2019 zu den Gleichstellungsplänen der Stadtverwaltung und Eigenbetriebe 2016
4. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeit der Frauenberatungsstellen
5. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 16:30 Uhr die Sitzung und weist auf die Hygienestandards hin, die auch für die Sitzung des Ausschusses einzuhalten seien.

Im Anschluss stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Zum Tagesordnungspunkt 3 begrüßt er Diana Spengler, Leiterin des Hauptamtes, und Patrick Best, ebenfalls Hauptamt.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 3. März 2020

Der Ausschuss genehmigt das Protokoll einstimmig.

Punkt 2 Maßnahmenvorschläge zum Dritten Gleichstellungsaktionsplan im Rahmen der EU-Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene Vorlage: 0966/2020

Der Ausschuss für Frauenfragen empfiehlt, die Maßnahmenvorschläge der Verwaltung zur Grundlage des Dritten Gleichstellungsaktionsplans der Landeshauptstadt Mainz zu machen.

Zur Sitzung des Frauenausschusses am 3. März 2020 lag eine vorläufige Liste von Maßnahmen für den künftigen Gleichstellungsaktionsplan vor. Vereinbart wurde, dass aus den Fraktionen selbst noch weitere Vorschläge gemeldet werden können, damit sie in die Beschlussvorlage für den 9. Juni eingehen können. Dies ist nicht erfolgt. Vonseiten einzelner Stellen der Verwaltung wurden Ergänzungen eingebracht.

Somit bildet die nun vorliegende und mit der Einladung versandte Liste der Maßnahmen die Grundlage für den Dritten Gleichstellungsaktionsplan.

Der Vorsitzende erläutert, dass geplant ist, den Dritten Gleichstellungsaktionsplan bei der nächsten Sitzung des Ausschusses am 6. Oktober 2020 zur Vorberatung vorzulegen.

Frau Weickart fasst auf Wunsch von Frau Glandorf nochmals zusammen, welche Punkte in der Liste neu hinzugekommen sind.

Frau Jochmann möchte Näheres zur Maßnahme „Sexistische und frauenfeindliche Werbung verhindern“ erfahren. Hierbei geht es ihr explizit um die kürzlich in der Stadt aufgehängte sexistische Werbung für eine ebenfalls sexistische und frauenfeindliche Datingshow.

Frau Weickart erläutert, dass der Vertrag der Stadt Mainz mit der Firma für Außenwerbung die bereits seit etlichen Jahren bestehende Klausel zum Ausschluss sexistischer Werbung enthalte. Im aktuellen Fall seien die Plakate tatsächlich nach Intervention der Stadt abgehängt worden. Dies zeige, wie wichtig eine vertragliche Regelung sei, gerade auch im Hinblick darauf, dass es ihrer Kenntnis nach in Kürze zu einem neuen Vergabeverfahren komme. Auf Nachfrage von Frau Jochmann erklärt der Vorsitzende, dass der laufende Vertrag keine Sanktionen bei Verstößen vorsehe; dies könne aber Verhandlungsgegenstand bei erneuter Vertragsschließung mit einer Firma für Außenwerbung sein.

Punkt 3 **Überprüfung 2019 zu den Gleichstellungsplänen der Stadtverwaltung und Eigenbetriebe 2016**
Vorlage: 0962/2020

Die Überprüfung des Gleichstellungsplans nach dem Landesgleichstellungsgesetz aus dem Jahr 2016 wurde an alle Ausschussmitglieder mit der Einladung versandt.

Nach einleitenden Worten von Frau Spengler erläutert Herr Best den Bericht anhand der vorliegenden Zahlen umfassend. Hervorzuheben sei hierbei die Tatsache, dass Frauen in Führungsfunktionen immer noch stark unterrepräsentiert seien. Auch die technischen Berufen sowie die Feuerwehr seien immer noch stark männerdominierte Bereiche – das gleiche gelte für die Eigenbetriebe.

Des Weiteren erklärt Herr Best die entsprechenden Maßnahmen und deren Umsetzung. Es handele sich vor allem um organisatorische Maßnahmen sowie Fortbildungen im Führungsbereich. Auch die Führungsleitlinien sollen dazu beitragen, höhere Positionen für Frauen interessanter zu machen.

Frau Schneiß erkundigt sich, ob zu Zeiten von Corona mehr Frauen oder Männer die Freistellungsmöglichkeit nutzen, und ob für Telearbeit eine Begründung notwendig sei. Frau Spengler erläutert, dass es grundsätzlich mehr Frauen seien, es allerdings auch viele Männer gebe, die diese Freistellung in Anspruch nähmen. Für den Antrag auf Telearbeit sei bei der Stadt Mainz grundsätzlich keine Begründung notwendig.

Des Weiteren möchte Frau Schneiß wissen, ob der Girls‘ und Boys‘Day Erfolge erziele, und warum bei der Stadt Mainz mehr Männer im Beamtenverhältnis seien als Frauen.

Frau Spengler erläutert hierzu, dass Mädchen in typisch männlichen Ausbildungsberufen immer noch unterrepräsentiert seien, und diese Thematik stärker in den Fokus genommen wer-

den muss. In diesem Zusammenhang stellt sie auch die neue Mitarbeiterin im Bereich Personalentwicklung, Frau Maurer, vor. Im Beamtenbereich werde sich die Anzahl der Frauen weiter erhöhen, da der Anteil der Bewerberinnen deutlich über dem der Bewerber läge. Allerdings stelle die Feuerwehr einen Großteil der Beamten, und hier seien Frauen stark unterrepräsentiert.

Frau Dr. Hilgefert erkundigt sich, ob die Zeiteinteilung bei der Telearbeit flexibel gestaltet werden könne.

Frau Spengler erläutert, dass die MitarbeiterInnen Modelle vorschlagen können, die dann auch zumeist so umgesetzt würden.

Frau Glandorf möchte wissen, von wie vielen Männern die Elternzeit in Anspruch genommen werde und ob Corona auf die Gleichstellung der Beschäftigten Auswirkungen habe, es ggf. auch mehr Krankmeldungen gebe.

Herr Best erläutert, dass es keine Statistik zum Thema Elternzeit und Geschlecht gibt. Frau Spengler fügt an, dass es auch bezüglich Corona keine Statistik gebe, allerdings von Seiten der Stadt Mainz großzügig Freistellungen erteilt würden, ohne die Ansprüche tiefergehend zu prüfen. Bisher seien keine negativen Aspekte bezüglich der Gleichstellung bekannt. Zukünftig müsse allerdings geprüft werden, welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirklich zu einer Risikogruppe gehörten, und wie diese definiert werde.

Der Ausschuss für Frauenfragen nimmt Kenntnis von der Überprüfung zu den Gleichstellungsplänen der Stadtverwaltung und Eigenbetriebe 2016.

Punkt 4 **Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeit der Frauenberatungsstellen**

Hier: Kurzberichte aus den Frauenorganisationen und -beratungsstellen

Das Frauenbüro hat die beratenden Mitglieder des Ausschusses, soweit sie Frauenunterstützungs- und beratungsstellen vertreten, gebeten, im Ausschuss über ihre veränderten Arbeitsbedingungen und Beratungsangebote seit Mitte März zu berichten.

Dies soll den Fraktionen ermöglichen, sich ein Bild von den aktuellen Schwierigkeiten und auch den von den Organisationen gefundenen Problemlösungen zu machen.

Frau Jochmann berichtet über die Situation des Frauennotrufes. Es wurden Notfallpläne erstellt, die technischen Voraussetzungen geschaffen, Veranstaltungen abgesagt. Vereinzelt Beratungen konnten telefonisch durchgeführt werden, hinzu komme die Onlineberatung. Es entstanden hohe Kosten für die Organisation, die Technik und die Öffentlichkeitsarbeit. Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es durch Corona mehr Gewalt und somit mehr Anfragen gab.

Frau Jochmann erläutert, dass es anfangs gar keine Anfragen mehr gab, was auf die Angst vor Corona zurückzuführen sei. Erst jetzt liefen die Anfragen wieder an.

Frau Hungershausen ergänzt, dass die Frauen aufgrund der räumlichen Enge in ihrem Zuhause wohl häufig nicht die Möglichkeit hätten, einfach unbemerkt vom Partner zu telefonieren – somit ist es für viele schwieriger, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Frau Noll berichtet über die Situation von SOLWODI. Die Vermittlung von Frauen an andere Stellen habe sich in dieser Zeit als sehr schwierig herausgestellt. Auch die „Schnellen Hilfen“ vom Jobcenter griffen nicht, Gelder würden stark verzögert ausgezahlt. Die Zahl der Prostituierten, die sich an SOLWODI wenden, sei stark angestiegen.

Frau Wilwerding vom VAMV berichtet, dass sie viele Telefonberatungen und Videokonferenzen von 0,5 – 1 Stunde Dauer durchgeführt hätten. Vermittlungen in Familien waren nicht mehr möglich, Familienberatungen konnten immerhin außerhalb von Räumlichkeiten stattfinden. Ergänzt wurde das Angebot durch Onlineberatung, Medienarbeit, und das Projekt Carepakete. Die Notbetreuung von Kindern war für die Alleinerziehenden sehr schwierig in Anspruch zu nehmen.

Frau Ellrich von Das Mädchenhaus gGmbH berichtet, dass auch die Aufgabe, die MitarbeiterInnen selbst zu schützen, eine Herausforderung war, da der Kontakt zu den Mädchen trotz allem fortbestehen sollte.

Frau Dr. Hilgefort von pro familia ergänzt, dass bei ihnen die Telefonkonferenzen mit Klientinnen und Dolmetscher sehr gut funktioniert hätten. Auch die Schwangerschaftskonfliktberatung durfte telefonisch erfolgen. Erhebliche zeitliche Verzögerungen gab es aber bei der Versendung von Kostenübernahmeerklärungen der Krankenkassen bei Schwangerschaftsabbrüchen.

Die Vertreterin des Frauenhauses berichtet, dass die Zahlen in der Beratung rückläufig waren. Die räumliche Enge machte den untergebrachten Frauen in den Frauenhäusern stark zu schaffen. Es gab allerdings auch Outdoor-Beratungen mit Dolmetscherinnenn, sowie Videoberatungen.

Frau Hungershausen ergänzt, dass die finanzielle Lage zunehmend schwieriger gestalte, da auch weniger Geld gespendet würde.

Frau Raiser vom Wendepunkt berichtet von der schwierigen Lage wohnungsloser Frauen und von den anfänglichen Befürchtungen, das Haus ganz schließen zu müssen. Insgesamt sei es gelungen, die erforderlichen Maßnahmen einzuführen. Dazu gehörte auch, dass keine Neuaufnahmen möglich waren, externe Besuche nicht erfolgen konnten, ebenso mussten die Therapieangebote ausgesetzt werden. Schwierig war auch die Versorgung mit Lebensmitteln, da die Tafeln selbst geschlossen waren.

Frau Jochmann äußert die Befürchtung, dass viele frauen- und gleichstellungspolitische Themen nun nicht mehr gegenwärtig seien, dazu gehörten etwa auch Gewalterfahrungen alter Frauen oder auch die Situation von Flüchtlingsfrauen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Berichterstatterinnen. Es sei gelungen, den Stadtrats-

fraktionen einen offenen und ungeschönten Einblick in die aktuelle Situation zu bieten. Die erhaltenen Informationen seien wichtig im Hinblick auf die weitere frauen- und gleichstellungspolitische Arbeit.

Punkt 5 **Mitteilungen**

Vonseiten der Verwaltung liegen keine Mitteilungen vor.
Für den Frauennotruf Mainz weist Frau Jochmann auf die ausgelegten Materialien hin, die der Notruf in Supermärkten etc. verteilt habe.

Ende der Sitzung: 17:55 Uhr

.....
Vorsitz

.....
Schriftführung